Reichspräsident Paul von Hindenburg pflegte seinen Mythos als Held des Ersten Weltkriegs. Besessen von der Vision einer „nationalen Wiedergeburt“, lieferte er die erste deutsche Demokratie dem Diktator aus.

WEIMARS TOTENGRÄBER

Von Norbert F. Pötzl

Als sich Adolf Hitlers designiertes Kabinett am Mittag des 30. Januar 1933 zur Vereidigung beim Reichspräsidenten versammelte, konnte Paul von Hindenburg, 85, seine Rührung nicht verbergen. Mit feuchten Augen äußerte der alte Herr seine „Genugtuung über die endlich erzielte Einigung der nationalen Rechten“.

Hindenburgs Lebenstraum war in Erfüllung gegangen. Der Generalfeldmarschall des Ersten Weltkriegs, der kurz zuvor noch versichert hatte, er denke „gar nicht daran, den österreichischen Gefreiten zum Wehrminister oder Reichskanzler zu machen“, sah nun in Hitler den Vollstrecker seiner politischen Grundüberzeugung, dass nur eine Regierung der „nationalen Konzentration“ die von ihm ersehnte „Volksgemeinschaft“ verwirklichen könne.

Zu den Patrioten zählte Hindenburg freilich nur extrem rechte Kräfte. Neben dem neuen Regierungschef waren zwei weitere Nationalsozialisten – Wilhelm Frick und Hermann Göring – Mitglieder des Kabinetts, drei Minister gehörten der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) beziehungsweise dem Frontsoldatenbund „Stahlhelm“ an, die übrigen fünf waren parteilose Rechtskonservative.

Damit besiegelte der Reichspräsident das Ende der ersten deutschen Demokratie. „Ohne Hindenburgs Entscheidung, Hitler den Weg in das Berliner Herrschaftszentrum freizugeben, wäre die deutsche, ja die globale Geschichte nach menschlichem Ermessen anders verlaufen“, konstatiert der Bielefelder Geschichtswissenschaftler Hans-Ulrich Wehler.

Hitlers „Machtergreifung“ war, entgegen verbreiteter historischer Legendenbildung, keineswegs das Werk eines senilen Greises, der die Folgen seines Tuns nicht mehr überblickte. Und niemand, unterstreicht der Stuttgarter Historiker Wolfram Pyta, 47, in seiner kürzlich erschienenen, voluminösen Hindenburg-Biografie*, habe dem Reichspräsidenten in dessen Entscheidung hineingeredet: „Hindenburg besaß ein starkes herrscherliches Selbstverständnis, mit dem es sich nicht vereinbaren ließ, ausgerechnet die Entscheidung über die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und damit eine politische Weichenstellung von größter Tragweite aus der Hand zu geben.“

Pyta räumt, faktenreich untermauert, mit der Mär auf, der Reichspräsident sei Wachs in den Händen einer reaktionären Kamarilla, etwa seines Staatssekretärs Otto Meißner oder seines Sohnes Oskar von Hindenburg, gewesen. Und die Behauptung, das Drängen ostelbischer Großgrundbesitzer habe letztlich den Ausschlag für Hitlers Berufung gegeben, sei, so Pyta, „pure Spekulation“. Vielmehr habe sich Hindenburg in maßloser Selbstüberschätzung immer dazu berufen gefühlt, in der Nachfolge Otto von Bismarcks die „Reichseinigung“ zu vollenden.

Der 1847 in Posen geborene Sohn eines preußischen Offiziers und Gutsbesitzers hatte eine respektable Militärlaufbahn hinter sich, als er 1911 im Rang eines Kommandierenden Generals in Pension ging. Seinen Lebensabend gedachte er in Hannover zu verbringen, wo er als junger Leutnant knapp sieben Jahre gedient hatte.

Doch dann begann im August 1914 der Erste Weltkrieg, und der damals fast 67-jährige Ruheständler suchte nach der Mobilmachung händeringend („Ich bin körperlich und geistig durchaus frisch“) um seine Reaktivierung nach. Schließlich wurde ihm die Führung der 8. Armee im Osten anvertraut, geknüpft freilich an die Bedingung, dass der Oberbefehlshaber die operativen Angelegenheiten seinem Generalstabschef Erich Ludendorff überließ. General Wilhelm Groener, der bei der förmlichen Nominierung Hindenburgs durch Kaiser Wilhelm II. zugegen war, notierte, der einzige Grund für Hindenburgs Berufung sei „der Umstand“ gewesen, „dass man von seinem Phlegma absolute Untätigkeit erwartete, um Ludendorff völlig freie Hand zu lassen“.

Die Erwartung erfüllte Hindenburg perfekt. Auch an der Front genoss er den Lebensstil eines Rentners: Pünktlich um 13 Uhr aß er zu Mittag, danach legte er sich aufs Ohr, anschließend ging er spazieren oder unternahm eine Ausfahrt mit dem Automobil. Vor allem pflegte er ausgiebig zu ruhen – sogar die seinen Feldherrnruhm begründende Schlacht von Tannenberg, bei der Ende August 1914 die Russen eingekesselt und geschlagen wurden, habe Hindenburg verschlafen, kolportierten böse Zungen. Die strategischen Planungen überließ er ohnehin Ludendorff.

DOLCHSTOSSLEGENDE
Schon kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs stellten Ludendorff und Hindenburg die wahrheitswidrige Behauptung auf, linke Politiker seien der „im Felde unbesiegten“ deutschen Armee in den Rücken gefallen. Mit dieser perfiden Lüge warben die Deutschnationalen 1924 auf einem Wahlplakat.



ULLSTEIN BILD

* Wolfram Pyta: „Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler“. Siedler Verlag, München; 1116 Seiten; 49,95 Euro.



TANNENBERG-SCHLACHT
Seinen Mythos als Kriegsheld begründete Hindenburg durch den Sieg seiner 8. Armee über die russische Narew-Armee Ende August 1914 – obwohl er selbst kaum Anteil daran hatte. Mit Sinn für Symbolik benannte er die Schlacht nach dem Ort, wo 1410 das Heer des Deutschen Ordens von polnischen und litauischen Verbänden vernichtend geschlagen worden war.



OSTFRONT-KOMMANDO
Hindenburg (l.), nominell Oberbefehlshaber der 8. Armee, blickt während der Schlacht bei Tannenberg auf seinem Gefechtsstand durch ein Scherenfernrohr, neben ihm Generalstabschef Ludendorff (2. v. r.) und Oberstleutnant Max Hoffmann (r.), die eigentlichen Urheber des Operationsplans.

Dennoch reklamierte er nach dem Sieg von Tannenberg gegenüber Kaiser und Öffentlichkeit das Hauptverdienst für sich.

Genau genommen stand das Örtchen Tannenberg nicht einmal im Zentrum des Geschehens. Aber Hindenburg, mit Sinn für Symbolik, verwendete den Ortsnamen im Gedenken an jene Schlacht, in der 1410 das Heer des Deutschen Ordens eine vernichtende Niederlage durch polnische und litauische Verbände hatte hinnehmen müssen. „Jetzt, nach 504 Jahren“, schrieb Hindenburg an seine Frau, „kam die Revanche.“ Und er sah sich schon in den Geschichtsbüchern verewigt: „Ich glaube, Dein Alter wird womöglich noch mal ein berühmter Mann.“

Mit seinem angemaßten Renommee als Kriegsheld mischte sich Hindenburg seit Anfang 1915 zunehmend auch in die Politik ein. Er gewann Einfluss auf den Kaiser und den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg. Gegen Erich von Falkenhayn, den Chef der Obersten Heeresleitung, intrigierte er so lange, bis er im August 1916 selbst dessen Position einnehmen konnte.

Auch die Kriegsniederlage beschädigte Hindenburgs öffentliches Ansehen nicht. Soweit die Oberste Heeresleitung für das Debakel verantwortlich gemacht wurde, schob man die Schuld vor allem Ludendorff zu – in Militärkreisen war die tatsächliche Rollenverteilung zwischen dem Oberbefehlshaber und seinem Stabschef ja bekannt. Und die konser-

„Hindenburg bekümmert sich um das Militärische überhaupt nicht mehr. Er ist viel auf Jagd und kommt im Übrigen morgens und abends fünf Minuten, um sich zu erkundigen, was los ist.“

MAX HOFFMANN, rechte Hand Ludendorffs, im Oktober 1915

INTERFOTO (O.); ULLSTEIN BILD (U.)



ERSTER PRÄSIDENT
Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, Staatsoberhaupt von 1919 bis 1925, trug wesentlich zur Stabilität der Weimarer Republik bei.



BETROGENER KANZLER
Kurt von Schleicher war nur knapp zwei Monate im Amt – derweil hatte Hindenburg bereits mit Hitler verhandeln lassen.



ENTTÄUSCHTER GEFÄHRTE
Wilhelm Groener, viele Jahre ein wichtiger Helfer Hindenburgs, wurde am Ende „kurz und ohne Schamgefühl“ fallen gelassen.

vativ-nationalen Kräfte, die Hindenburg weltanschaulich nahestanden, zielten mit ihren Vorwürfen ohnehin weniger auf die Armee als vielmehr auf die neue politische Führung.

Hindenburg machte sich die perfide „Dolchstoßlegende“ zu eigen: Nicht militärische Fehlentscheidungen oder die groteske Überschätzung des militärischen Potentials hätten das Reich in die Katastrophe getrieben, sondern die fehlende Unterstützung aus der Heimat für die kämpfende Truppe.

Nach der Abdankung des Kaisers am 9. November 1918 war es Hindenburg, der Wilhelm II. um dessen persönlicher Sicherheit willen bedrängte, in die Niederlande ins Exil zu gehen. Später, als dies in der Öffentlichkeit als feige Flucht des Monarchen angesehen wurde, bestritt er, die treibende Kraft für diesen Schritt gewesen zu sein. Der „sogenannte Nationalheros soll eben, auf meine Kosten, fein herauskommen“, zeterte der Ex-Kaiser.

Auch bei der Entscheidung über den Friedensschluss erwies sich Hindenburg als Meister des politischen Doppelspiels. Im Bewusstsein der militärischen Ohnmacht gab er der Weimarer Nationalversammlung sein stillschweigendes Einverständnis zur Annahme des Versailler Friedensvertrags, fügte aber später hinzu, „als Soldat“ müsse er „den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen“.

Um sich nicht selbst zu exponieren, ließ Hindenburg seine Stellungnahme durch den Ersten Generalquartiermeister Groener vortragen. „Sie müssen eben wieder das schwarze Schaf sein“, raunte ihm Hindenburg zu – kein Schatten sollte seinen Nimbus verdunkeln.

Als der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 überraschend starb, kam es erstmals zu der in der Verfassung vorgesehenen Volkswahl des Staatsoberhaupts. Ebert war 1919 noch von der Weimarer Nationalversammlung zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt worden; der Reichstag hatte 1922 seine Amtszeit bis zum 30. Juni 1925 verlängert.

Nachdem beim ersten Wahlgang keiner der Bewerber die erforderliche absolute Mehrheit erreicht hatte, kandidierte Hindenburg in der zweiten Runde am 26. April 1925 für den „Reichsblock“, in dem sich alle rechten Parteien und Gruppierungen zusammengeschlossen hatten. Er erhielt 48,3 Prozent der Stimmen, sein Gegenkandidat Wilhelm Marx vom katholischen Zentrum, der außer von seiner eigenen Partei auch von der SPD und linksliberalen Kräften unterstützt wurde, bekam 45,3 Prozent.

Die Mehrheit der Wähler, bilanziert Biograf Pyta, berief „einen Mann an die Spitze des Staates, der ein zumindest ambivalentes Verhältnis zu den demokratischen Institutionen dieses Staatswesens unterhielt“. Innerlich habe der Präsident „nie auf dem Boden des demokratischen Verfassungsstaates“ gestanden, „auch wenn er sich in formaler Hinsicht lange Zeit durchaus an die geltenden Verfahrenregeln hielt, ohne allerdings ihren Geist zu erfassen“.

Symptomatisch für Hindenburgs rückwärtsgewandte Haltung war seine Fahnenverordnung im Jahr 1926. Der Präsident dekretierte, dass die Handelsflagge mit den alten Kaiserfarben Schwarz-Weiß-Rot an den deutschen Gesandtschaften und Konsulaten im Ausland gleichberechtigt neben der schwarz-rot-goldenen Nationalflagge gehisst werden sollte. Der oberste Repräsentant der neuen Republik biederte sich damit bei den immer noch zahlreichen Monarchisten an.

Wie ein Ersatzkaiser bog er sich die Weimarer Verfassung zurecht und trennte sich von seinen Kanzlern, wann immer sie zu einer Belastung für sein persönliches Ansehen zu werden drohten.

Gegen Ende der siebenjährigen Wahlperiode wurde Hindenburg allerdings amtsmüde. Reichskanzler Heinrich Brüning, ein Zentrumspolitiker, stellte Anfang August 1931 nach einem Vortrag beim Präsidenten fest, der habe, „wie es schien, nur eine Idee: mit dem bisherigen Kurs möglichst schnell in einen politischen Ruhestand hineinzukommen“.

Vorher aber wollte der 84-Jährige seinen Nachlass regeln. Am 10. Oktober 1931 kam es zur ersten persönlichen Begegnung zwischen dem Präsidenten und dem NS-Parteiführer. Im Verlauf der zweistündigen Unterredung machte Hitler sichtlich Eindruck auf Hindenburg, indem er seine Vaterlandsliebe herausstrich und im Namen der Frontsoldaten einen politischen Kurswechsel forderte: Diejenigen, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten, verlangten nun, „nachdem alle Regierungen bisher versagt“ hätten, „die Zügel selbst in die Hand zu nehmen“.

Im Dezember 1931 fand Hindenburg allmählich Gefallen daran, doch noch übergangsweise weiter zu amtieren. Allerdings wollte er sich keiner Volkswahl mehr stellen, sondern von der verfassungsmäßigen Möglichkeit Gebrauch machen, die Präsidentschaft mit einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag verlängern zu lassen. Er scheute einen Wahlkampf, in dem sein sorgsam gepflegter Mythos als Kriegsheld und kaisertreuer General beschädigt werden könnte.

Doch die zerstrittenen Rechtsparteien konnten sich zunächst nicht einigen, und auch auf den Adel war nicht so recht Verlass. Zwar ermunterte der Vorsitzende der deutschen Adelsgenossenschaft, Friedrich von Berg, Hindenburg zur Kandidatur, da in dessen Person adlige Tugenden wie „Ehre, Vaterlandsliebe, Treue verkörpert“ seien. Aber Berg büßte seinen Alleingang mit dem Verlust seines Amtes – gerade jüngere Adlige hielten die klassischen Adelstugenden für überholt und erhoben, ganz im völkischen Sinne, die „rassische Reinhaltung“ zur obersten Maxime des Adels.

Am 15. Februar verkündete Hindenburg seine Kandidatur, obwohl er nicht die erhoffte Unterstützung durch die „nationale Opposition“ gefunden hatte. Im ersten Wahlgang verfehlte der Amtsinhaber mit 49,6 Prozent die erforderliche absolute Mehrheit für eine Wiederwahl knapp, Hitler erhielt 30,1 Prozent der Stimmen.

Für den zweiten Wahlgang versuchte Hitler, einen Hohenzollernprinzen zur Kandidatur zu bewegen – in der Hoffnung, dass Hindenburg dann seine Bewerbung zurückziehen würde. Tatsächlich war Kronprinz Wilhelm fest entschlossen, über das Amt des Reichspräsidenten die Wiederherstellung der Monarchie anzusteuern. Er bat Hitler dafür um Unterstützung und sicherte ihm im Gegenzug zu, dass er ihn nach gewonnener Wahl zum Reichskanzler ernennen werde. Allerdings machte der Kronprinz seine Kandidatur von der Zustimmung seines Vaters abhängig – doch der Ex-Kaiser legte aus den Niederlanden sein Veto ein.

Hindenburg, glaubt Biograf Pyta, hätte wohl ohnehin keinen Rückzieher gemacht, auch wenn der

PRESSEBILDERDIENST KINDERMANN (O.); INTERFOTO (M.); AKG (U.)



HANS SCHALLER / DER SPIEGEL

HANDSCHLAG
Beim „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 besiegelten Hitler und Hindenburg ihr am 30. Januar geschlossenes Aktionsbündnis.

Kronprinz kandidiert hätte: „Hindenburg fehlte es an altpreußisch-konservativer Treue zum Monarchen und der angestammten Dynastie, und seine monarchische Gesinnung war letztlich nicht mehr als eine unverbindliche Meinungsäußerung.“ So schätzte auch August Wilhelm von Preußen, der vierte Kaisersohn und ein hochkarätiger SA-Mann, den Reichspräsidenten ein: Hindenburg, dessen war er sich sicher, würde in jedem Fall kandidieren, „selbst wenn eine Kompanie von Preußenprinzen aufmarschierte“.

Die zweite Runde der Präsidentenwahl am 10. April 1932 entschied Hindenburg mit 53 Prozent für sich, doch Hitler kam immerhin auf fast 37 Prozent. Es schmerzte Hindenburg, dass er seinen Sieg nicht seinen politischen Freunden, sondern vor allem der SPD und dem Zentrum verdankte, deren Wähler mit eiserner Disziplin für ihn gestimmt hatten, um Hitler zu verhindern.

Mit der Wiederwahl Hindenburgs hatte Reichskanzler Brüning seine Schuldigkeit getan und amtierte nur noch als Regierungschef auf Abruf. Dennoch verfolgte er weiterhin den Auftrag des Reichspräsidenten, „alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten für eine Regierungsbildung zusammenzufassen“.

Im Widerspruch dazu schien die Notverordnung zu stehen, die Hindenburg am 13. April unterzeichnete und mit der er die paramilitärischen Organisationen der Hitler-Partei, SA und SS, reichsweit verbot. Schon kurz darauf setzte Hindenburg aber in Umlauf, dass er zu diesem Schritt von Innenminister Groener geradezu genötigt worden sei. Um den alten Weggefährten loszuwerden, setzte Hindenburg auf dessen bisherigen Intimus Kurt von Schleicher, den Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium. Ihn beauftragte er, Groener zu erledigen, das Kabinett Brüning zu Fall zu bringen und ein Personaltableau für eine neue Reichsregierung zu schaffen.

Groener wusste aus eigener Erfahrung, dass althergebrachte preußische Vorstellungen von lebenslanger Treue nicht Hindenburgs Sache waren. Hindenburgs Wahlspruch „Die Treue ist das Mark der Ehre“ entpuppte sich immer wieder als hohle Phrase. Nüchtern erkannte der langjährige Hindenburg-Vertraute: Der Reichspräsident „hat mich kurz und ohne Schamgefühl fallen lassen“.

Ebenso erging es Brüning, der gerade noch am eifrigsten für Hindenburgs Wiederwahl geworben hatte. Das Staatsoberhaupt bestellte den Kanzler am 30. Mai 1932 um 11.55 Uhr ein – da er Punkt zwölf die vor seinem Palais aufziehende Marinewache zu begrüßen hatte, blieben gerade mal dreieinhalb Minuten, um jenen Mann zu verabschieden, den er wiederholt seines ungeteilten Vertrauens versichert hatte.

Aus Verlegenheit, weil sich auf die Schnelle keine bessere Lösung anbot, berief Hindenburg den äußerst rechts stehenden Zentrumspolitiker Franz von Papen zum Kanzler, der dem drohenden Parteiausschluss (wegen Desavouierung seines Parteifreunds Brüning) durch Austritt zuvorkam. Papen sollte nur ein Interimskabinett führen, denn am 4. Juni löste Hindenburg den Reichstag schon wieder auf – von der Neuwahl versprach sich der Präsident

„Wie kann ein Mann, dessen Wähler in Konzentrationslager und SA-Keller geschleppt werden, sich von den dafür Verantwortlichen feiern lassen?“

HEINRICH BRÜNING, Ex-Kanzler, über Hindenburgs Auftritt beim „Tag von Potsdam“

eine Legitimation für die von ihm angestrebte Regierungskonstellation.

Hindenburg, argumentiert der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, hätte Brüning im Amt belassen können und sei keineswegs gezwungen gewesen, den Reichstag aufzulösen. Die reguläre Neuwahl stand erst im September 1934 an. Bis dahin hätte sich die Wirtschaft wahrscheinlich erholt, die Arbeitslosenzahlen wären gesunken, der Zulauf zu den radikalen Parteien wäre abgeebbt.

In jedem Fall wäre es, so Winkler, „ein Gebot der Vernunft und der Verantwortung gewesen, die gemäßigte, parlamentarisch tolerierte Form der Präsidialregierung so lange wie möglich beizubehalten“. Hätte sich Hindenburg „von dieser Einsicht leiten lassen, wäre Hitler vermutlich nicht an die Macht gekommen“.

Mit 37,4 Prozent errang die NSDAP am 31. Juli 1932 das beste Ergebnis, das je eine Partei bei Reichstagswahlen in der Weimarer Republik erzielen konnte. Aber auch zusammen mit DNVP (6,2 Prozent) und DVP (1,2 Prozent) reichte es nicht zur absoluten Mehrheit. Allerdings waren die Nationalsozialisten stark genug, um jede gegen ihren Willen gebildete Regierung lähmen zu können.

Einem Misstrauensantrag der KPD am 12. September gegen die Regierung Papen schloss sich, neben allen anderen Parteien außer DNVP und DVP, auch die NSDAP an – und wieder wurde der Reichstag aufgelöst.

Nach der Neuwahl am 6. November, bei der die Nazi-Partei auf 33,1 Prozent zurückfiel, erteilte Hindenburg Hitler dennoch den Auftrag zur Regierungsbildung. Den gab der NS-Führer jedoch zwei Tage später zurück, weil er die Bedingungen des Reichspräsidenten nicht akzeptieren mochte.

Gegen eine erneute Kanzlerschaft Papens legte Wehrminister Schleicher quasi ein Veto ein – die Reichswehr könne die befürchteten politischen Streiks und Sabotageaktionen von links und rechts nicht unter Kontrolle halten. Daraufhin ernannte Hindenburg Schleicher zum Kanzler – mit der Maßgabe, eine Tolerierung seiner Regierung durch die Nazis zu erreichen. Während sich Schleicher darum bemühte, verhandelte jedoch Papen bereits im Auftrag Hindenburgs mit Hitler über dessen Berufung zum Kanzler.

Mit dem kühlen Hinweis, dass Schleichers Versuch, eine Reichstagsmehrheit zu finden, gescheitert sei, entließ Hindenburg den Kanzler am 28. Januar 1933. Schleicher reagierte verbittert auf diesen Winkelzug: Natürlich habe der Präsident das Recht, ihn abzusetzen, sagte er bei der Verabschiedung zu Hindenburg, „aber das Recht, hinter dem Rücken des von Ihnen berufenen Kanzlers mit einem anderen zu paktieren, gestehe ich Ihnen nicht zu. Das ist Treubruch“.

Die Reichstagsneuwahl, die Hitler nach seiner Ernennung zum Kanzler mit Hindenburgs Hilfe ansteuerte, sollte dann der letzte Urnengang sein. Die Rückkehr zum parlamentarischen System sei unbedingt zu vermeiden, kündigte der NS-Führer an. Ein Ermächtigungsgesetz, mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, würde die Regierung autorisieren, unter Ausschaltung des Parlaments Gesetze selbst zu verabschieden. Dafür war Hindenburg bereit, teilweise auf seine präsidialen Befugnisse zu verzichten.

Stundenlang marschierten am Abend des 30. Januar SA- und „Stahlhelm“-Verbände in einem kilometerlangen Fackelzug auf der Wilhelmstraße erst an Hindenburg (in der alten Reichskanzlei, seinem provisorischen Amtssitz) und dann an dem etwa hundert Meter entfernt auf dem Balkon der neuen Reichskanzlei stehenden Hitler vorbei. Auch Zehntausende Zivilisten brachten beiden Ovationen dar.

Das imponierte Hindenburg, der sich darin bestärkt fühlte, an diesem Tag die richtige Entscheidung getroffen zu haben: „Patriotischer Aufschwung sehr erfreulich“, schrieb er seiner Tochter. ✦

Der Historiker Stephan Malinowski über die Begeisterung des deutschen Adels für die Nationalsozialisten

„ALLE BERÜHMTEN FAMILIEN WAREN DABEI“

✦



MONIKA ZUCHT / DER SPIEGEL (L.); INTERFOTO (R.)

STEPHAN MALINOWSKI, *Jahrgang 1966, lehrt Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin. Er ist Autor der 2004 im Fischer Taschenbuch Verlag erschienenen Studie „Vom König zum Führer“.*

SPIEGEL: Herr Malinowski, Hitler galt vielen Adligen als Parvenü. Henning von Tresckow soll gesagt haben, man müsse ihn „wie einen tollen Hund abschießen“. Was bedeutete dieser Herrenhabitus für das Verhältnis des Adels zu den Nationalsozialisten?

Malinowski: Zunächst einmal trug er dazu bei, dass Hitler möglich wurde. Denn der Adel unterschätzte die Nazis aus genau dieser Herrenhaltung heraus – am deutlichsten formuliert 1933 von Hitlers Steigbügelhalter und Vizekanzler Franz von Papen: Man habe den NSDAP-Chef „engagiert“, in zwei Monaten sei Hitler „in die Ecke gedrückt, dass er quietscht“. Bekanntlich kam es dann genau andersherum. Dieser Habitus spielte dann aber auch für den Entschluss zum Staatsstreich eine Rolle, denn in einer Gesellschaftsschicht, die tausend Jahre lang Herrschaft ausgeübt hatte, gab es kaum absolutes Parteigängertum und Führertreue bis zum bitteren Ende. Für den Adel war das eher eine Art selbstgewähltes Bündnis. Zu den unbestreitbaren Ehrentaten der Männer des 20. Juli gehört, dass sie dieses Bündnis von sich aus aufgekündigt haben.

SPIEGEL: Aber was hatte der Nationalsozialismus Adligen überhaupt zu bieten?

Malinowski: Karrieren und Landbesitz zum Beispiel. Von den rund 10 000 adligen Offizieren im Kaiserreich wurden nach 1918 nur rund 900 in die stark verkleinerte Reichswehr übernommen. Es gab nach dem Ersten Weltkrieg Tausende regelrecht arbeitslose preußische Adlige, die auf nichts anderes vorbereitet worden waren als eine Karriere beim Militär – traditionell Absicherung für nachgeborene Söhne, die keinen Grundbesitz erbten.

SPIEGEL: Und die Aufrüstung der Nazis öffnete dieses Tor dann wieder.

Malinowski: Richtig. Die Anzahl der adligen Offiziere schnellte nach 1933 innerhalb von zwei Jahren von 900 auf rund 2300